

An die Präsidentin des  
Landtages von Sachsen-Anhalt  
An die Fraktionen des  
Landtages von Sachsen-Anhalt  
An die medienpolitischen  
Sprecherinnen und Sprecher  
des Landtages von Sachsen-Anhalt

**MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK**

Kantstraße 71-73  
04275 Leipzig  
Postanschrift 04360 Leipzig  
Tel.: (0341) 3 00 0  
www.mdr.de

## **Appell der Programm-Macherinnen und Programm-Macher des Mitteldeutschen Rundfunks**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Abgeordnete,

**Leipzig, 07.12.2020**  
**Seite 1/3**

mit großer Sorge verfolgen wir, der Beirat der Intendantin zur  
Wahrung der inneren Rundfunkfreiheit, die anhaltende Diskussi-  
on im Landtag von Sachsen-Anhalt über die Anpassung des Rund-  
funkbeitrags.

**Gunnar Gerstel**  
**Sprecher**

**Birgit Hettwer**  
**Sprecherin**

beirat@mdr.de

Der Beirat - als frei gewählte und unabhängige Vertretung der  
Sendungsmachenden im MDR - wertet die von Teilen des Parla-  
ments angekündigte Ablehnung des Ersten Medienänderungs-  
staatsvertrages als einen gravierenden Eingriff in die innere  
Rundfunkfreiheit.

Wir empfinden es als problematisch, dass der öffentlich-rechtliche  
Rundfunk hier zum Spielball politischer Interessen wird. Der Erste  
Medienänderungsstaatsvertrag ist in dem vorgegebenen und vom  
Bundesverfassungsgericht bestätigten Verfahren zustande ge-  
kommen. Wer das in Frage stellt, spielt all jenen in die Hände, die  
an der Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten zweifeln.

Wir sind als Reporterinnen und Reporter und als Sendungsver-  
antwortliche Tag für Tag in allen Regionen Mitteldeutschlands  
unterwegs. Eine Ablehnung der Anpassung des Rundfunkbeitrags  
macht unsere Aufgabe, die regionale Berichterstattung des MDR  
aufrecht zu erhalten, fast unmöglich.

Gesetzlicher Vertreter des MDR ist die  
Intendantin. Der MDR kann auch durch  
von der Intendantin Bevollmächtigte  
vertreten werden. Auskünfte über den  
Kreis der Bevollmächtigten und den  
Umfang der Vollmachten erteilt der  
Juristische Direktor des MDR.

In der Berichterstattung über die Entscheidungsfindung erleben wir, dass in Kommentaren im Internet und in den Sozialen Medien Vorwürfe auftauchen, die die journalistische Arbeit der ARD bzw. des MDR immer wieder als nicht unabhängig diskreditieren.

Damit die Arbeit der journalistisch tätigen Mitarbeitenden des MDR nicht in Verruf gerät, möchten wir klarstellen: Die Programmbeschäftigten des MDR stimmen in dem Willen überein, die innere Rundfunkfreiheit gegen jedweden Eingriff oder Missbrauch zu schützen. Wir legen großen Wert auf einen starken Binnenpluralismus, der eine Vielfalt der Meinungen zulässt.

Unsere Aufgabe als frei gewählter Beirat ist es, die innere Rundfunkfreiheit zu sichern und die journalistische Unabhängigkeit zu schützen. Deswegen appellieren wir dringend an Sie, die Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt: Stimmen Sie dem Ersten Medienänderungsstaatsvertrag zu.

Mit Freundlichen Grüßen



Gunnar Gerstel  
Sprecher



Birgit Hettwer  
Sprecherin

des Beirats der Intendantin zur Wahrung der inneren Rundfunkfreiheit

## Anhang:

Zitate und Quellenangaben

### **Zitate und Quellenangaben:**

MDR, 02.12. nasowasaberauch

Öffentlich rechtlich heißt für einen Sender Berichterstattung UNABHÄNGIG von Parteien und deren Politik als sachlich, kritische und ideologiefreie Informationsquelle. Informieren und die Bewertung dem Zuschauer/Zuhörer überlassen, da ist **noch Luft nach oben**.

MDR, 30.11. Atheist

Ich hätte nix gegen eine Gebührenerhöhung wenn ich dafür neutrale und ausgewogene Berichterstattung bekommen würde. Leider bekomme ich **100% Merkel minus 100%**

**AFD und 300% Eu**

So hab ich es mir 89 nicht gewünscht!

MDR, 30.11. Winkler

**ARD + ZDF = DFF 2.0.**

MDR, 30.11.

Thommi Tulpe

Als "gelernter DDR-Bürger" wurde mir in der Schule beigebracht, dass Medien immer in die eine oder andere Richtung politisch sind, **Meinungen "formen" sollen. Das trifft mit Sicherheit auch auf die Öffentlichen zu.**

Die Welt, Flowerpower 02.12., unter dem Artikel

CDU bleibt hart - „Kein Zweifel, dass wir an unserem Ziel festhalten“

Die üppige Finanzierung des Staatsfunks ist eine einzige Katastrophe. Im Gegenzug erhält die politische Klasse eine absurde **Hofberichterstattung**.